Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Allgem. Verwaltung, Verwaltungssteuerung		Drucksachen-Nr. 270/2004
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Hauptausschuss	18.05.2004	Beratung
Rat	27.05.2004	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Neuberufung eines Mitgliedes in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit

Beschlussvorschlag:

@->

Für die am 01.07.2004 beginnende 10. Amtsperiode des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit wird als gemeinsamer Vorschlag der Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises Herr Kreisdirektor Oliver Wolff benannt.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Am 30.06.2004 endet die 10. Amtszeit für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit, in den zurzeit für den Bereich des Rheinisch-Bergischen Kreises folgende Personen berufen sind:

als Mitglieder

die Bürgermeisterin der Stadt Bergisch Gladbach – Frau Maria Theresia Opladen,
die Bereichsleiterin des Rheinisch-Bergischen Kreises – Frau Cornelia Klien

als stellvertretende Mitglieder

der Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen – Herr Michael Heckmann,
der Bürgermeister der Stadt Burscheid – Herr Hans-Dieter Kahrl.

Die Neuberufung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach erfolgt durch den Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit.

Der Verwaltungsrat hat für die anstehende 11. Amtsperiode die Zahl der Mitglieder von bisher sechs auf vier je Gruppe (Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Körperschaften) reduziert.

Die Vorschläge der öffentlichen Körperschaften sind jeweils von den Bezirksregierungen zu bündeln und der Bundesagentur für Arbeit vorzulegen.

Die Bezirksregierung Köln hat – wie in der Vergangenheit - auch für die 11. Amtsperiode von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein eigenes Vorschlagsrecht für eine Vertreterin oder einen Vertreter ihres Hauses geltend zu machen. Somit reduziert sich die Zahl der Vertreterinnen oder Vertreter im kommunalen Bereich, so dass noch drei Mitglieder (statt wie bisher fünf) von den Kommunen im Bezirk der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach zu benennen sind.

Auf die zu diesem Bezirk gehörenden Gemeinden und Gemeindeverbände Stadt Leverkusen, Oberbergischer Kreis und Rheinisch-Bergischer Kreis würden bei einer paritätischen Aufteilung je ein Mitglied entfallen. Mit dieser Aufteilung haben sich die Beteiligten einverstanden erklärt. **Demzufolge können die Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises ein Mitglied (statt bisher zwei Mitglieder) für die Neuberufung benennen.**

Entsprechend dem in der Vergangenheit praktizierten Verfahren haben sich die Bürgermeisterin und die Bürgermeister der Gemeinden und Städte im Rheinisch-Bergischen Kreis darauf geeinigt, vorbehaltlich der Beschlussfassungen der Räte entsprechend dem Vorschlag des Landrates des Rheinisch-Bergischen Kreises als **gemeinsamer Vorschlag der Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises Herrn Kreisdirektor Oliver Wolff** als Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit zu benennen.

Der Landrat begründet seinen Besetzungsvorschlag wie folgt:

„In der Anfang April von Herrn Minister Schartau vorgestellten Neuorganisation der regionalen Umsetzungsstrukturen der Wirtschafts- und Arbeitspolitik wird deutlich, dass die bisherigen, parallel arbeitenden Umsetzungsstrukturen zusammengeführt bzw. stärker aufeinander bezogen werden sollen. Hierzu ist ein neues gemeinsames Netzwerk geplant, das die Regionen und die Aufgaben verknüpft. Die Neustruktur sieht daher die Einrichtung von 16 Regionalagenturen vor, die den Knoten des Netzwerkes bilden, das das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft mit den Regionen und ihren Akteuren verbindet und die Integration der Wirtschafts-, Arbeits- und Technologiepolitik vor Ort unterstützt.

Aus dieser Planung heraus wird ersichtlich, dass in der Zukunft verstärkt eine regionale Arbeitsmarktpolitik betrieben werden soll und auch bei der Vergabe von Fördermitteln verstärkt auf regionale Gebilde zurückgegriffen werden soll.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass die Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit eine wichtige Rolle auch im Zusammenhang mit der Umsetzung der neu strukturierten Arbeitsmarktpolitik und der Zusammenfassung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Hartz IV) übernehmen sollen. Da Herr Kreisdirektor Wolff als Geschäftsführer auch der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine Verzahnung zwischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik herbeiführt, ist er nach meiner Auffassung der geeignete Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach. Er hat durch Mitwirkung in verschiedenen Gremien aktuelle und umfassende Informationen und Einblicke über die neue Konzeption der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen und kann somit eine sachgerechte Koordination aller Belange des Kreises und der Kommunen in den neuen regionalen Strukturen sicherstellen.“

Es wird darauf hingewiesen, dass im Oberbergischen Kreis ebenfalls ein Vertreter der Kreisverwaltung als Mitglied im Verwaltungsausschuss vorgeschlagen worden ist.

Für die Benennung eines Mitgliedes des Verwaltungsausschusses ist im Hinblick auf §§ 63 Abs. 2 und 113 GO NRW der Rat zuständig.

Da die zu benennende Person sämtliche Städte und Gemeinden im Rheinisch-Bergischen Kreis vertreten wird, haben **alle** Räte dieser Kommunen über die von der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden im Rheinisch-Bergischen Kreis gemeinsam vorgeschlagene Benennung von Herrn Kreisdirektor Oliver Wolff in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit zu befinden.

Hinsichtlich der Benennung der neuen stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit hat die Bezirksregierung Köln dem Landrat mitgeteilt, dass das Verfahren hierfür noch gesondert geregelt wird. Diese Regelung bleibt abzuwarten.
Sollte sich bis zu den Sitzungen des Hauptausschusses und des Rates am 18.05.2004 bzw. 27.05.2004 hierzu ein Entscheidungsbedarf ergeben, so erfolgt eine entsprechende Ergänzung dieser Vorlage.

<-@

Finanzielle Auswirkungen:		Nein
1. Gesamtkosten der Maßnahme:		0,00 €
2. Jährliche Folgekosten:		0,00 €
3. Finanzierung:		
- Eigenanteil:		0,00 €
- objektbezogene Einnahmen:		0,00 €
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:		
5. Haushaltsstelle: -		